

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und die Anzeigen die Postenstellen entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Anzeiger Nr. 22.

Veröffentlichungen: Die Anzeigenstellen sind für Anzeigen und die Anzeigen die Postenstellen entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Anzeiger Nr. 22.

Telegramme: Erzgebirge Anzeiger.

Einhaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Verlag: Aue, am 21. Juli 1926.

Nr. 167

Mittwoch, den 21. Juli 1926

21. Jahrgang

### Rabinett Herriot gebildet.

Paris, 19. Juli. Eine Veröffentlichung der Agentur Havas von 9 Uhr abends besagt, daß die folgende Zusammensetzung des Rabinetts Herriot in maßgebenden Kreisen für wahrscheinlich gehalten wird: Ministerpräsident und Außenminister Herriot, Justizminister Colrat (Unabh. Linke), Finanzen de Monzie (Rad. Senator), Inneres Chaumonts (Rad. Abgeordneter), Krieg Painlevé (Soz.-Republ. Abgeordneter), Marine René Renoult (Rad. Senator), Handel Loucheur (Rad. Abgeordneter), Öffentliche Arbeiten Hesse (Rad. Abgeordneter), Landwirtschaft Ducellie (Unabh. Linke), Kolonien Dariac (Unabh. Linke). Als Arbeitsminister wird der radikale Senator Lisbonne genannt. Unterstaatssekretäre: Ministerpräsidentium und Auswärtiges Albert Michaud (Rad. Abgeordneter), Luftschiffahrt Robaglia (Unabh. Linke), Wiederaufgebaute Maitre (Rad. Fraktion), Finanzen Jacquier (Rad. Abgeordneter), Krieg Dusmenil (Rad. Abgeordneter).

Das Rabinett Herriot ist, nach einer zweiten Meldung, endgültig gebildet worden. Die Ministerliste entspricht im großen und ganzen der bereits mitgeteilten. Nachzutragen ist für das Arbeitsministerium der radikale Senator Pasquet, Pensionsminister George Bonnet (Rad. Abgeordneter), Unterstaatssekretär für das

Schatzamt Jacquier (Rad. Abgeordneter), Unterstaatssekretär für das Budget Paul Morel (Rad. Abgeordneter), Unterstaatssekretär für den technischen Unterricht Bagille (Rad. Abgeordneter), Unterstaatssekretär für die Handelsmarine Malarme (Soz. Republ. Abgeordneter), Oberkommissar für das Wohnungswesen bleibt Debassier. Außerdem soll ein neues Oberkommissariat für Naturalisation und Auswanderung geschaffen werden, das dem radikalen Abgeordneten Lambert übertragen werden soll. Herriot wird sich gegen 11 Uhr ins Elisee begeben, um dem Präsidenten der Republik das Rabinett vorzustellen.

#### Herriots Finanzpläne.

Paris, 19. Juli. Herriot, der nach seinen eigenen Worten die Finanz- und Währungsanleiher ohne ausländische Hilfe durchführen will, hat einem Vertreter des „Temps“ erklärt: Man muß vom erworbenen Vermögen die notwendigen Hilfsmittel für die Amortisierung der schwebenden Schuld fordern. Es wird sich darum handeln, z. B. eine Sondersteuer auf Erbschaften fort nach dem Tode des Erblassers zu erheben, ebenso eine Sondersteuer bei Eigentumsübergang von bebauten und nicht bebauten Besitz zwischen Lebenden. Diese Ausnahmesteuer und andere ähnlicher Art sollen der Amortisierungskasse zufließen.

### Gründung eines Weltverbandes zur Förderung der Geschichte.

New York, 19. Juli. Die amerikanische historische Gesellschaft kündigt die Gründung eines weltumfassenden Gelehrtenverbandes zur Förderung der Geschichtswissenschaften an. Es wurde bereits ein ständiger Ausschuss für die Geschichtswissenschaften gebildet. Mit den Gelehrtenverbänden von 19 Ländern, darunter auch Deutschland, sollen die durch den Weltkrieg gestörten Beziehungen neu angeknüpft werden. Alle fünf Jahre soll ein internationaler Kongress stattfinden. Die historische Gesellschaft erklärt, die amerikanischen Gelehrten hoffen, daß die Gründung des Komitees einen entscheidenden Schritt zur Wiederherstellung des gegenseitigen Vertrauens und der Freundschaft der Geschichtsforscher aus allen Weltteilen bedeute, die so wesentliches für die Geschichtsfunde der anderen Wissenschaften geleistet hätten, und die die politischen und geistigen Beziehungen der Nationen beeinflussen würden. Unter den Vizepräsidenten des Komitees befindet sich auch Professor Meinecke von der Berliner Universität.

#### Die Reicheinnahmen im Monat Juni.

Berlin, 20. Juli. Nach Mitteilungen des Reichsfinanzministeriums stellen sich die Einnahmen des Reiches an Steuern, Zöllen und Abgaben für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1926 wie folgt: Aufkommen sind im Monat Juni an Besitz- und Verkehrssteuern und zwar fortbauende Steuern 263 386 940 RM vom 1. April bis 30. Juni 1926 wie folgt: Aufkommen sind im Monat Juni an Besitz- und Verkehrssteuern im Juni 2 407 505 RM, vom 1. April bis 30. Juni 14 145 103 RM, an Zöllen und Verbrauchsteuern und zwar verpfändete im Juni 183 914 740 RM, vom 1. April bis 30. Juni 461 229 728 RM, andere im Juni 5 531 236 RM, vom 1. April bis 30. Juni 20 672 822 RM, sonstige Abgaben im Juni 85 569 RM, vom 1. April bis 30. Juni 128 679 RM. Im ganzen sind aufkommen im Monat Juni 435 276 042 RM und vom 1. April bis 30. Juni 1 455 291 895 RM. Im Reichshaushaltsplan ist die Einnahme für das Rechnungsjahr 1926 veranschlagt auf 6 465 800 000 RM.

#### Kriegsbeschädigten-Tagung in Hamburg.

Hamburg, 19. Juli. Unter starker Beteiligung aus dem ganzen Reich eröffnete der Reichsverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener E. V., Sitz Berlin, seinen diesjährigen Verbandstag in Hamburg. Vertreter des Hamburgischen Senats und der Bürgerschaft und der Versorgungsgerichte Dresden und Hamburg wünschten der Tagung besten Erfolg. Zu Verhandlungen wurden Kienser-Deipzig, Kieselmeier-Deinow und Demko-Nordmark gewählt. Die Hauptversammlung brachte Vorträge über die Fragen „Stellung des Reichsverbandes zur sozialpolitischen Gesetzgebung“ und „Darlehensgewährung an Kriegsbeschädigte“. Ein Vorschlag zur Abfassung eines Protestes wegen ungenügender Versorgung der Kriegsoffiziere und zur Frage des Reichsehrenmals, das nach Ueberzeugung des Verbandes am schönsten in der Form eines Erholungsteils für Kriegserwaisenen zum Ausdruck käme, fand einstimmige Annahme.

#### Aufhebung der Preistreibeiverordnung.

In einer der nächsten Nummern des Reichsgesetzblattes wird das „Gesetz über die Aufhebung der Preistreibeiverordnung“ veröffentlicht werden. Durch dieses Gesetz werden die Preistreibeiverordnung, die Verordnung gegen verbotene Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände, die Verordnung über Notstandsversorgung und die Verordnung über Preisprüfungsstellen aufgehoben. Ferner kommen folgende Teile der Verordnung über Handelsbeschränkungen in Fortfall: Die Vorschriften über Preisfächer und Preisobergrenzen, die über Marktverkehr und Versteigerungen und die über Leistungsanzeigen. Das Gesetz sieht ferner vor, daß Verfügungen gegen die hiernach aufgehobenen Bestimmungen der nowirtschaftlichen Gesetzgebung, soweit sie nach rechtskräftig abgeurteilt sind, straflos bleiben. Die Bestimmungen der Verordnung über Handelsbeschränkungen, über Unterfagung des Handels und Schließung von Geschäftsräumen und über äußere Kennzeichnung von Waren, sowie die Bestimmungen der Verordnung über Auskunftspläne bleiben in Geltung.

#### Reichsmohnungszählung 1927.

Wie wir hören, soll an einem noch zu bestimmenden Tage im Frühjahr 1927 eine Reichsmohnungszählung erfolgen, um eine möglichst genaue Feststellung des Bedarfs und der vorhandenen Wohnungen im Reich zu ermitteln. Ursprünglich war geplant, diese Zählung bereits im Juni 1926 durchzuführen, aber die notwendigen Vorarbeiten verzögerten sich so, daß der genannte Termin nicht eingehalten werden konnte.

### Programmrede des polnischen Ministerpräsidenten.

#### Stabilisierung und Sanierung.

Warschau, 19. Juli. Ministerpräsident Bartel hielt heute im Sejm eine Rede, in der er sein Regierungsprogramm darlegte. Nach einem Hinweis darauf, daß es schwer sei, die Aufgaben der polnischen Regierung mit den Aufgaben der Regierungen anderer Länder zu vergleichen, führte der Ministerpräsident u. a. aus:

Das Programm der polnischen Regierung ist diktiert durch die eiserne Logik der Tatsachen und ist frei von jeder Parteipolitik.

Wir haben uns vor allem der wirtschaftlichen und finanziellen Sanierung zuwenden müssen. Es ist uns zunächst auch gelungen, eine

#### Stabilisierung des Zloty

zum Kurse von etwa 10 Zloty = 1 Dollar durchzuführen. Die Golddeckung der Währung beträgt 144 Millionen Paritätszloty. Das Gold der Bank von Polen, das sich im Ausland befindet, kann insofern befreit als freigegeben betrachtet werden, als unsere Schulden gegenüber der Federal Reserve Bank durch Reserverbestände der Bank von Polen in Baluten abgedeckt werden können. In dem gleichen Verhältnis wie die Devisenvorräte angewachsen sind, ist auch der Um-

lauf des Zloty vergrößert worden. Die Regierung hat

#### den Kampf mit der Inflation

ausgenommen; es ist ihr gelungen, auf manchen Gebieten die Preise herunter zu drücken, ohne dabei auf die Lohnverhältnisse Einfluß zu nehmen. In bezug auf die auswärtige Politik sieht die Regierung ihre Hauptaufgabe in der Festigung des Vertrauens des Auslandes zu Polen und legt besonderen Wert auf wirtschaftliche Zusammenarbeit mit ganz Europa. Die gegenwärtige Regierung hat die Arbeiten für den Abschluß eines Handelsvertrages mit Deutschland energisch in die Hand genommen. Die Vorschläge betreffend eine Verfassungsreform sind von realen Grundlagen ausgegangen und verfolgen rein reale Ziele. Die Regierung ist keine Parteiregierung. Dies ist auch der Grund dafür, daß die Regierung ständig Angriffen ausgesetzt ist. Parteimäßig ist das Programm der Regierung nicht zu erfassen. Regieren heißt für uns, selbst die Verantwortung übernehmen.

Die Rede des Ministerpräsidenten wurde zeitweise durch Zwischenrufe von den Oppositionsbänken unterbrochen.

#### Verständigung der republikanischen Linken.

Berlin, 19. Juli. Unter dieser Überschrift veröffentlicht der frühere Reichskanzler Wirth im „Berliner Tageblatt“ einen Artikel, in dem er von der Feststellung ausgeht, daß eine Deutsche Linke von einheitlichem Willen mit einheitlicher Führung es nicht gibt, und die Mitteilung macht, daß im Hinblick auf die Schaffung einer „Art Republikanischen Union“ Reichstagspräsident Abbe, der demokratische Abgeordnete Haas und er selbst kommenden Späthjahr eine besondere Aktivität entfalten werden, um „eine gemeinsame Basis der Republik zur Vertiefung der Probleme der deutschen Republik und für die politische Umwandlung der republikanischen Bewegung zu schaffen“.

#### Ein deutscher Minister in der Tschechoslowakei

Prag, 19. Juli. Die tschechische sozialistische Presse behauptet, daß innerhalb der tschechischen bürgerlichen Parteien bereits Verhandlungen über den Eintritt der Deutschen in die Regierung im Herbst geschlossen wurden. Die „Noba Doba“ meint, es läme entweder die Beteiligung eines deutschen Landmannsministers oder eines deutschen Beamtenministers in Betracht.

#### Das Reichskabinett und die Bestätigung Dr. Dopfmüllers.

Berlin, 19. Juli. Der Reichskanzler empfing heute nachmittag die Herren von Siemens, Dr. Luther und Dr. Bergmann, die die Stellungnahme des Ver-

waltungsrates der Deutschen Reichsbahn zur Frage der Bestätigung des neuen Generaldirektors darlegten. Im Anschluß hieran berichtete der Reichskanzler dem Reichskabinett über den Stand der Angelegenheit. Da zur Durchführung der Wünsche der Reichsregierung auch nach Ansicht des Verwaltungsrates jetzt noch weitere Verhandlungen mit anderen in Betracht kommenden Stellen geführt werden müssen, konnte das Reichskabinett zur Frage der Bestätigung der Wahl heute noch nicht Stellung nehmen.

#### Die Frage des Reichsehrenmals.

Frankfurt, 19. Juli. Die Handelskammer in Frankfurt a. M. hat an das Reichsministerium des Innern folgendes Telegramm gerichtet: „Die Bevölkerung des gesamten Rhein- und Waingebietes legt größtes Gewicht auf die Errichtung des Reichsehrenmals am deutschen Rhein, an der alten Kulturstätte des deutschen Gedankens. Wir bitten dringend dieser Forderung Rechnung zu tragen.“

#### Von der Zeppelin-Gedener-Spende.

Berlin, 19. Juli. Der geschäftsführende Leiter der Zeppelin-Gedener-Spende, Herr Cobden, ist von seinem Posten zurückgetreten. Nachdem die Reichsammlung abgeschlossen und die Sammlungen in den meisten Landestellen zu Ende geführt worden sind, wird die Geschäftsstelle des Reichsausschusses Ende dieses Monats aufgelöst und die weitere Abwicklung der Spende vorläufig durch die Zeppelin-Gallenbau G. m. b. H., Berlin W. 50, Kurfürstendamm 13 erfolgen.